

„GAU macht schlau?“

Kritischer Blick auf die Standortsuche für ein tiefengeologisches Lager für hochradioaktiven Atommüll

Jochen Stay, .ausgestrahlt

26. April 2021

Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung Bremen

Das Atommüll-Problem

Flugzeug ohne Landebahn

60 Jahre Atomenergie-Nutzung in Deutschland – keine Lösung

30 Staaten betreiben AKW – nirgends ist das Problem gelöst

Geologische Tiefenlagerung ist in der Theorie die beste Lösung –
ist aber in der Praxis immer wieder gescheitert.

Das Atommüll-Problem

Deutschland braucht ein dauerhaftes Lager für den hier produzierten Atommüll.

Gesucht: Ein Ort mit größtmöglicher Sicherheit für eine Million Jahre

Es muss am Ende eine fundierte wissenschaftliche Entscheidung sein, keine politische.

Es braucht ein faires Suchverfahren – und daran gibt es begründete Zweifel.

Wir werden uns dieser Verantwortung nicht entziehen können. Auch dann nicht, wenn wir immer gegen Atomkraft waren.

Das Suchverfahren

Der Zeitplan

Im Gesetz steht: Standortbenennung 2031

weitere Planung:

2050 Einlagerungsbeginn

2090 Verschluss des Bergwerks

Realistische Schätzung: Das dauert eher bis ins Jahr 2140

Schon jetzt 2 Jahre Verspätung

Problem: Zwischenlager nur für 40 Jahre genehmigt.

Anspruch und Wirklichkeit



Wissenschaftsbasiert?

Das Standortauswahlgesetz opfert den Wissenschaftsbezug für politischen Spielraum.

Der Bundestag kann Gebietsausschlüsse aufgrund fehlender geologischer Daten vornehmen.

Auswahl-Kriterien sind Ergebnis politischer Kompromisse, nicht wissenschaftlicher Erkenntnisse

Deshalb teilweise vage und unscharfe Kriterien, die sich sehr unterschiedlich auslegen lassen.

Unterschiedliche Auslegung führt zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Transparent?

Achtung! Viele Informationen bedeuten nicht automatisch Transparenz.

Drei Jahre Vorsprung der BGE sind für Laien nicht mehr aufzuholen.

Entscheidungen der BGE sind nicht nachprüfbar, weil nicht alle Daten veröffentlicht werden.

Selbst die Geologie-Expert*innen der Bundesländer bemängeln, dass der Bericht der BGE nicht nachvollziehbar ist.

Nächste Veröffentlichung von Gebietsausschlüssen erst 2023/24 vorgesehen.

Selbsthinterfragend und lernend?

Immenser Zeitdruck durch Termin 2031 im Gesetz.

Zeitdruck führt zu Fehlern.

Zeitdruck schränkt den Spielraum für Fehlerkorrekturen, für ein selbsthinterfragendes und lernendes Verfahren ein.

Bisherige Erfahrung mit den staatlichen Akteuren: „Lernend“ nur insofern, dass schlechtes Verfahren geschickter „verkauft“ wird.

Keine Bereitschaft, grundlegende Fehler zu korrigieren.

Partizipativ?

Wissenschaftler: Gesetz hat nur „Partizipatives Ornament“

Viele Gremien, die viel reden können, die aber nicht gehört werden.
(Beispiel Nationales Begleitgremium)

Keine Mitbestimmung – nur Information und Anhörung.

Beispiel Asse zeigt, wie wichtig Bedenken von Betroffenen sind.

Für Stellungnahmen nur sehr enge Zeitfenster.

Eingeschränkte Klagerechte („Legalplanung“).

Anspruch und Wirklichkeit

~~transparent~~

~~wissenschaftsbasiert~~

~~selbsthinterfragend~~

~~partizipativ~~

~~lernend~~

§

*„Mit dem Standortauswahlverfahren soll in einem partizipativen, wissenschaftsbasierten, transparenten, selbsthinterfragenden und lernenden Verfahren für die im Inland verursachten hochradioaktiven Abfälle ein Standort mit der bestmöglichen Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland ermittelt werden.“
(§1 Abs. 2 StandAG)*

Zwischenbericht Teilgebiete

54 Prozent des Bundesgebietes

Gesetz: BGE muss von Ländern gelieferte Daten verwenden.

BGE hat aber Referenzdaten und 3D-Modelle benutzt.

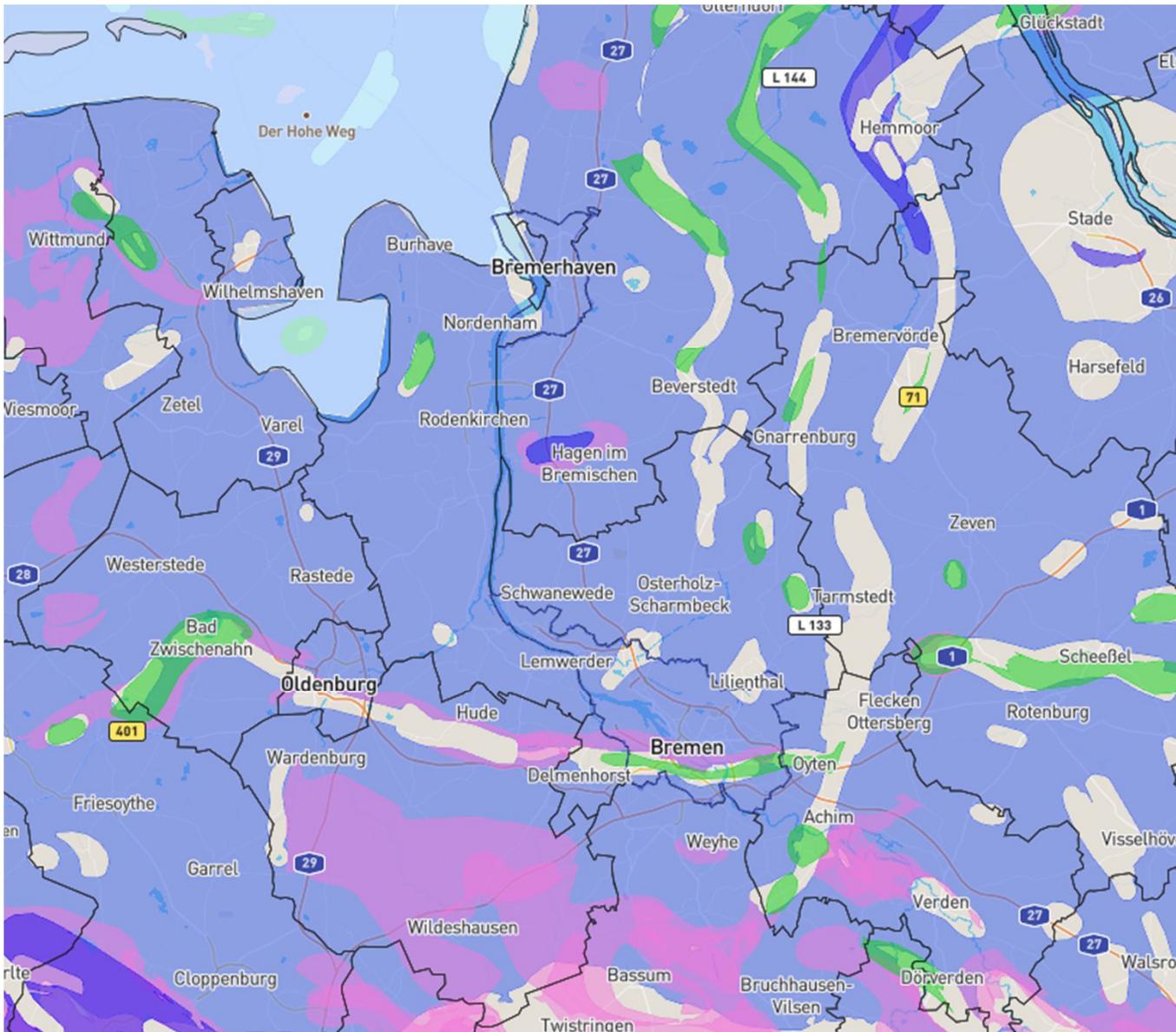
Fakt: Von 11 Abwägungskriterien je nach Gestein nur 2 bis 4 mit ortsbezogenen Daten

Gesetz: BGE muss zwei Gruppen benennen.

BGE hat stattdessen ideale Bedingungen angenommen.

Fakt: In großen Flächen der Teilgebiete gibt es das Gestein nicht.

Teilgebiete in Bremen und umzu



Grün = Salzstöcke

Rosa + hellblau = Tongestein

Lila = Salz in flacher Lagerung

Bei den Salzstöcken hat schon eine Auswahl stattgefunden. Bundesweit sind nur noch 60 von 400 im Rennen.

Bei Ton und flacher Salzlagerung gab es noch kaum Gebietsausschlüsse. Datenlage ist deutlich schlechter als bei Salzstöcken.

Zwischenbericht Teilgebiete

Der veröffentlichte Bericht ist nicht der gesetzlich geforderte Zwischenbericht

Die BGE will nicht nachbessern.

Gefahr: Gebiete, die besser geeignet sind, fallen raus, wenn Referenzdaten eine zu große Rolle spielen.

Gefahr: Planungswissenschaftliche Kriterien werden zu früh eingesetzt.

BGE sagt: Ihr wolltet doch immer Transparenz, jetzt ist es Euch zu früh.

Wir sagen: Regelmäßige Transparenz über Gebietsausschlüsse.

Fachkonferenz Teilgebiete

Gesetz: 3 Sitzungen in 6 Monaten. Anfang August ist Schluss.

Gesetz: Alle können teilnehmen.

Gesetz: BGE soll Ergebnisse „berücksichtigen“.

Corona erschwert Beteiligung massiv.

54% erschwert Beteiligung massiv.

Kommunen dominieren und versuchen Mehrheiten zu erringen, notfalls mit Verfahrenstricks.

Abschluss

Der Atommüll ist da.

Das Ziel: Suche darf nicht am Widerstand scheitern.

Jetziges Verfahren ist nicht fair. So ist nicht gewährleistet, dass der am wenigsten schlechte Standort rauskommt.

Gefahr der Eskalation ist groß.

Wenn das Verfahren scheitert, geht wertvolle Zeit verloren.

Interessante Links

6-minütiger Videoclip mit den wichtigsten Infos und Argumenten:

https://www.youtube.com/watch?v=xYZTi7Tfq_0

Weitere Videos in der Reihe „Standortsuche Spezial“

https://www.youtube.com/watch?v=lyw2ROpf6cA&list=PLgNIG01AqjNX-mLUfRofM_P6dHQgS3z0f

Infoportal Standortsuche:

<https://www.ausgestrahlt.de/standortsuche/>

Newsletter „Infomail Standortsuche“ abonnieren:

<https://www.ausgestrahlt.de/infoservice/informiert-bleiben/infoservice/?email=>